

## WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND STRUKTURWANDEL IN DER TÜRKEI

Prof. Dr. Sait DİLİK

Um die wirtschaftliche und soziale Struktur der heutigen Türkei besser bewerten zu können, ist ein kurzer Überblick über ihre Entwicklungsgeschichte notwendig.

### Wirtschaftliche und soziale Struktur der Türkei vor der Gründung der Republik (1923)

Die Türkische Republik hatte im Jahre 1923 mit dem Erbe des Osmanischen Reiches ein Potential übernommen, dessen einzige Basis die Landwirtschaft bildete und selbst diese war sehr schlecht entwickelt. In der Landwirtschaft herrschten zum grössten Teil primitive, selbstgenügsame und abgeschlossene Dorf- und Familienwirtschaften vor.

Trotz mancherlei ungünstiger Bedingungen in der Landwirtschaft —z.B. Trockenheit in manchen Gebieten— trug nicht die Natur die Schuld an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Türkei. Es waren vielmehr moralisch-geistige Faktoren und soziale Umstände, die während Jahrhunderten die Entwicklung des Landes hemmten.

Der Missbrauch der Religion und der Fanatismus setzten allen Reformen und Fortschritten Widerstand entgegen. Das Rechtssystem basierte auf religiösen Grundlagen.

Der grösste Teil der Bevölkerung bestand aus Analphabeten (noch im Jahre 1927 90 %). Der Fatalismus bildete das ausgeprägteste Kennzeichen ihres Geistes.

Nur Soldaten, Beamte, Geistliche und Landbesitzer besaßen soziales Ansehen. Der Handel und die industrielle Tätigkeit galten als Berufe der niederen Klasse. Diese Tätigkeitsbereiche überliessen die Türken den Minderheiten, die darin im Laufe der Zeiten eine bedeutsame Fähigkeit entwickelten.

Ausserdem waren Ausländern im Wirtschaftsbereich viele Vorrechte und Sonderkonzessionen eingeräumt. Diese Sonderrechte wurden den

Türken nicht anerkannt. Für Ausländer bestanden Handelsprivilegien, Steuer- und Zollbefreiungen bzw. Zollermässigungen. Man nannte dieses Vorrechte- und Sonderkonzessionensystem für Ausländer "Kapitulationen". Ferner hatten die Ausländer besondere, unabhängige Gerichte. So standen der türkischen Bevölkerung, die ohnehin keine Erfahrung und keinen Unternehmergeist für eine moderne wirtschaftliche Tätigkeit besass, noch auf diese Weise Hindernisse im Wege.

Die Finanzen des Staates wurden allmählich zerrüttet. Je schwächer das türkische Reich in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht wurde, desto mehr verlor es seine politische Macht und Unabhängigkeit. Es entstand unter den Europäern die Redeweise vom sogenannten "kranken Mann am Bosphorus". Schliesslich ging das einst mächtige Osmanische Reich durch den Ersten Weltkrieg zugrunde.

#### Wirtschaftliche Gesinnung und Wirtschaftspolitik der türkischen Regierung nach der Republik (1923)

##### Die Periode von 1923-1932

Nach der Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 suchte man mit grossem Eifer und auch Erfolg, alle genannten Hemmungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu überwinden. Fast in allen Bereichen des Lebens wurden tiefgreifende Reformen durchgeführt. Ebenso wurden die Kapitulationen abgeschafft.

Gleichzeitig wurde angestrebt, durch eine zielbewusste Lenkung und Förderung seitens des Staates die Wirtschaft des Landes rasch voranzutreiben. Die Wirtschaftspolitik der Republik war von Anfang an vornehmlich auf die Schaffung einer einheimischen Industrie gerichtet, die sich auf die umfangreichen Rohstoffe des Landes stützen sollte. Die wirtschaftliche Gesinnung der Regierung war marktwirtschaftlich. Dementsprechend versuchte man durch Förderung der privaten Initiative mit günstigen Krediten, Bereitstellung von Grundstücken, Zollvergünstigungen, Gewährung von Steuerfreiheit und anderen Subventionen die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Da aber die Erfahrung und der Bildungsstand der Bevölkerung bzw. ihre unternehmerische Initiative sehr gering waren und es an Kapital fehlte, blieben die erhofften Erfolge meist versagt.

##### Die Periode von 1932-1939

Nach Anfang der dreissiger Jahre begann eine neue Epoche in der Wirtschaftspolitik der jungen Republik. Nach bescheidenen Erfolgen der liberalen Wirtschaftspolitik der zwanziger Jahre griff der Staat nunmehr

in weitgehendem Masse in die Wirtschaft ein. Man gründete staatliche Unternehmungen. Es begann die Periode der sog. "etatistischen Wirtschaftspolitik. Man stellte für die Industrialisierung Fünfjahrespläne auf. Diese Pläne hatten weder mit makroökonomischen indirekten Wirtschaftsplänen der Marktwirtschaft noch mit den direkten und nicht marktkonformen Plänen der Zentralverwaltungswirtschaft Ähnlichkeit. Sie stellten lediglich fünfjährige Investitionsprogramme dar.

Die Lenkung und Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft waren nicht gegen die Marktwirtschaft bzw. gegen das private Unternehmertum gerichtet. Sie sollten lediglich die private Initiative ergänzen und galten als einziger Weg, um die Wirtschaft des Landes rasch zu entwickeln. Wenn man auch zeitweise mit der Staatswirtschaft etwas zu weit gegangen war und durch diese Politik in manchen Kreisen eine staatswirtschaftliche Gesinnung Wurzel fassen konnte, erfolgte im Grunde die Entwicklung der Türkei in demokratischer Freiheit und auf der Grundlage internationaler Gleichberechtigung. Die wirtschaftliche Tätigkeit erfolgte grundsätzlich auf der Basis der marktwirtschaftlichen Spielregeln. Die errichteten Staatsbetriebe sollten später wieder privatisiert werden, sobald die private Initiative in der Lage wäre, diese Funktion zu erfüllen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei wurde dieser Epoche von der Weltwirtschaftskrise erschwert und dann durch den bevorstehenden Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrochen. Trotz dieser ungünstigen Faktoren wurden in dieser Periode Erfolge erzielt, die nicht unterschätzt werden dürfen. Der Lebensstandard der türkischen Bevölkerung konnte gesteigert werden. Andererseits hat man für die weitere Entwicklung der Wirtschaft eine günstigere Basis geschaffen.

Auf dem sozialen Gebiet trat in dieser Periode Arbeitsgesetz von 1936 als erstes allgemeines Arbeitsgesetz in Kraft.

#### Die Periode von 1939-1946

Diese Periode wird durch Kriegswirtschaft, durch einen starken Inflationsdruck, durch Rationen, durch Preisregulierungen und andere Interventionen des Staates sowie durch den Schwarzmarkt gekennzeichnet.

Obwohl die Türkei nicht in den Krieg eintrat, war ihre Wirtschaft von der Kriegskonjunktur stark beeinflusst. Sie sah sich ausserordentlich grossen Rüstungs- und Mobilisierungsausgaben gegenüber. Diese konnten im grossen Ausmass durch Budgetdefizite finanziert werden. Unter diesen Umständen konnten in dieser Periode keine Investitionen im wirtschaft-

lichen Sinne durchgeführt werden. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion sank.

#### Die Periode von 1946-1950

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Türkei politisch und wirtschaftlich in engere Beziehungen zu den westlichen Demokratien. Im Jahre 1946 erfolgte der Übergang vom Einparteiensystem zum Mehrparteiensystem. Die Wirtschaftspolitik erhielt eine neue Richtung. Man wollte die Wirtschaft auf eine liberale Basis stellen. Dementsprechend gestaltete sich auch die Wirtschaftspolitik der Regierung, die versuchte, die Wirtschaft von den Schranken der Kriegswirtschaft zu befreien. Die Türkei trat verschiedenen internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen bei.

Durch eine starke Abwertung des türkischen Pfundes im Jahre 1946 suchte man, die Produktion und den Export des Landes zu steigern und langfristig ein besseres wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen.

In dieser Periode blieb die Investitionstätigkeit gering. Dagegen kam es im sozialen Bereich zu manchen wichtigen Schritten. Schon im Jahre 1945 wurde das Ministerium für Arbeit gebildet. Im Jahre 1946 wurde dann das Arbeitsamt gegründet. Im selben Jahr wurden die Anstalt für Arbeiterversicherung und die ersten Sozialversicherungsbereiche ins Leben gerufen. Die Gesetze dafür wurden schon 1945 erlassen. In den folgenden Jahren dieser Periode wurde die Sozialversicherung teilweise ausgebaut.

Seit 1938 waren die Gründung und Tätigkeit von Gewerkschaften verboten. Dieses Verbot wurde 1946 aufgehoben. Danach wurde im Jahre 1947 durch ein spezielles Gesetz die Gründung und Tätigkeiten der Gewerkschaften geregelt. Es folgte die Gründung von Gewerkschaften und deren Vereinen. Heute sind rund 51,5 % der Arbeiter Mitglied der Gewerkschaften.

#### Die Periode von 1950-1960

Eine wichtige Epoche in der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei begann mit dem Jahr 1950. In diesem Jahr gewann als eine neue Partei die Demokratische Partei die Wahlen und übernahm die Regierungsgeschäfte. Die Demokratische Partei hatte eine liberale wirtschaftspolitische Einstellung. Sie vertrat die Ansicht, dass der Staat die Tätigkeit auf dem Wirtschaftsgebiet nunmehr den privaten Unternehmern überlassen sollte. Die Aufgabe des Staates sei lediglich die Wirtschaft zu fördern.

Die Liberalisierungspolitik liess sich besonders in der Aussenhandelspolitik fühlen. Schon im September 1950 wurde eine Liberalisierungsliste veröffentlicht und 1951 der Liberalisierungsgrad von 60 auf 63 % erhöht,

Die Regierung der Demokratischen Partei betrieb eine dynamische Wirtschaftspolitik. Mit Hilfe einer aktiven Währungspolitik verwirklichte sie eine starke aber auch hektische Expansions- und Investitionspolitik.

Die Währungspolitik der Türkei seit Gründung der Türkischen Zentralbank (1931) hatte einen statischen Charakter. Man bemühte sich hauptsächlich nur darum, den äusseren Wert des türkischen Pfundes zu sichern, indem man Gold und Devisen anzuhäufen versuchte.

Mit der Abwertung der Währung im Jahre 1946 distanzierte sich die Türkei allmählich von der Auffassung, dass der äussere Wert der Währung unter allen Umständen aufrechterhalten müsse. Diese Entwicklung wurde mit der Zeit immer deutlicher. Nach 1950 herrschte eine aktive Währungspolitik vor. Durch diese Währungspolitik wurde nicht mehr danach gestrebt, Gold und Devisen anzuhäufen. Das Geld wurde in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt, d.h. bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Türkei bzw. bei der Vollbeschäftigung und Ausnutzung ihrer Hilfsquellen zu einem wirksamen Instrument gemacht.

Bei dieser wirtschaftlichen Expansionspolitik legte man im Gegensatz zur vorherigen Periode besonderen Nachdruck auf die Landwirtschaft. So stieg zum Beispiel die Zahl der Traktoren, die 1944 nur 956 betrug, schon im Jahre 1950 auf 16585 und auf 40282 im Jahre 1955. Es wurden auch mehrere mehrzweckige Staudämme gebaut. Weiter versuchte man durch eine rasche Bautätigkeit das Verkehrsnetz des Landes zu verdichten.

Bei der Finanzierung der notwendigen Investitionen wurden auch in nicht zu unterschätzendem Ausmass ausländische Kredite und Hilfen in Anspruch genommen. Der private Kapitalimport blieb jedoch weit hinter dem erhofften zurück, obwohl man den Import von Fremdkapital mit verschiedenen Massnahmen gefördert hatte.

Da es an notwendiger Planung und gründlicher Untersuchung für diese wirtschaftliche Expansion fehlte, war die Produktivität der Investitionen viel geringer, als sie sonst hätte sein können. Man hat es auch mit der Finanzierung der Investitionen durch zusätzlich geschöpftes Geld, sei es durch Budgetdefizite (deficit spending), sei es durch Kredite, ziemlich übertrieben. Dies führte zu Devisenschwierigkeiten und Preissteigerungen. In der Handels- und Zahlungsbilanz entstanden grosse Defizite.

Um diese zu bekämpfen, unterwarf man die Wirtschaft einer scharfen Staatskontrolle. Man bekämpfte die Symptome; beseitigte aber die Ursachen nicht. Dadurch entstand ein Dirigismus, der zu der vorherigen Grundkonzeption der Regierung im vollkommenen Gegensatz stand.

Andererseits endete der reale Zuwachs der Investitionen nach 1955. Das reale Volumen der Investitionen ging dann zurück.

Nach 1958 konnte mit Hilfe einer Reihe von Stabilitätsmassnahmen (eine Abwertung, Beschränkung der Kredit- und Geldmenge, Erhöhung der Preise von Produkten der Staatsunternehmen u.a.) der Nachfrageüberhang beseitigt werden. Es herrschte damit 1959 eine Stagnation.

In dieser Epoche konnte trotz der Inflation und Stabilitätsprobleme die Produktion erheblich gesteigert werden.

Auf dem sozialen Gebiet wurde in dieser Periode die Sozialversicherung weiter ausgebaut. Sowohl der Kreis der erfassten Personen als auch die gedeckten Risiken wurden erweitert. Aber die Sozialversicherung hiess noch Arbeiterversicherung. Im Jahre 1950 wurden Arbeitsgerichte errichtet. Neben dem allgemeinen Arbeitsgesetz wurden spezielle Arbeitsgesetze für Journalisten (1952) und Seeleute (1953) erlassen.

Die Periode von 1960-1980

Die wirtschaftlichen Probleme der Türkei riefen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch politische Probleme hervor. Die Regierung und die Opposition gerieten in immer härter und heftiger werdende Auseinandersetzungen. Es entstanden politische Unruhen unter den Studenten. Infolgedessen hielt die Armee es für notwendig, einzugreifen, "um die Nation vor einem Bürgerkrieg zu bewahren". Die Regierung wurde gestürzt und das Parlament aufgelöst (27. Mai 1960). Somit begann die Periode der geplanten Wirtschaftsentwicklung.

Schon vor 1960 beschäftigten die Ideen einer gesamtwirtschaftlichen Planung die öffentliche Meinung. Die Regierung der Demokratischen Partei unter Menderes wurde wegen der Planlosigkeit scharf kritisiert. So war zur Zeit der Machtübernahme seitens des Militärs für die Gründung eines Planungsamtes ein günstiges Milieu vorhanden. Bereits vier Monate nach der Machtübernahme wurde Ende September 1960 ein Gesetz über die Gründung eines staatlichen Planungsamtes erlassen, das heute noch Gültigkeit hat.

Das Planungssystem der Türkei besteht aus langfristigen Perspektivplänen (15 jährig), Fünfjahresplänen und Jahresprogrammen. Neben gesamtwirtschaftlichen Plänen werden auch Regionalplänen erstellt. Die türkische Planung bildet keine zentralverwaltungswirtschaftliche Planung, wie es in den Ostblockstaaten der Fall ist. Sie ist eine marktkonforme Entwicklungsplanung. Es werden nicht die Produktionsmengen, sondern vielmehr die Investitionen geplant. Zwar ist die

Realisierung der im Plan vorgesehenen Investitionen für den Staatssektor imperativ. Aber die staatlichen Betriebe müssen sich sonst nach den marktwirtschaftlichen Regeln verhalten. Andererseits ist auch die Verbindlichkeit des Planes für diese Betriebe nicht an strengen Regeln gebunden. Zu diskutieren ist auch, ob der Staat als Geldgeber für die Investitionen und als Besitzer dieser Betriebe nicht das Recht dazu hätte, diese zur Realisierung der geplanten Investitionen zu zwingen.

Die Lenkung des Privatsektors gemäss den Planzielen erfolgt, im Gegensatz zu Staatsbetrieben, durch indirekte Massnahmen, wie z.B. Währungs-, Finanz-, Budget- und Devisenpolitik und durch verschiedene Förderungsmassnahmen. Dies alles zeigt, dass die türkische Planung nicht mit einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Planung, sondern einer marktkonformen gesamtwirtschaftlichen Globalplanung Ähnlichkeit hat.

Die türkische Wirtschaft hat zwischen 1960 und 1980 eine befriedigendes Wachstum erreicht, auch wenn es in den einzelnen Bereichen der Produktion, besonders in der Landwirtschaft Schwankungen gab.

Besondere Fortschritte wurden in dieser Periode auf dem sozialen Gebiet erzielt. Im Verfassungsgesetz vom 1961 wurde der Türkische Staat als sozialer Rechtsstaat verankert und den Arbeitern das Streikrecht anerkannt. Dieses Recht sollte durch ein Sondergesetz geregelt werden.

Im Jahre 1964 wurde durch ein neues Gesetz die Sozialversicherung neu organisiert. Die Arbeiterversicherung hiess nunmehr "die Sozialversicherung". Mit diesem Gesetz sowie mit dessen Novellen wurden der Personenkreis der Sozialversicherung sowie die Rechte der Versicherten ständig erweitert. In manchen Punkten ging man sogar zu weit. Im Jahre 1963 wurden durch die Gesetz betreffend die Gewerkschaften und die Tarifverhandlungen das Streikrecht und die Aussperrung geregelt. Mit dem Erlass dieses Gesetzes konnten das Streikrecht und die Aussperrung tatsächlich angewendet werden.

In den siebziger Jahren kam es zu wichtigen, politischen Ereignissen in der Türkei. Am 12. März 1971 wurde infolge einer militärischen Manipulation die Regierung gestürzt und eine neue Regierung gebildet, die Reformen durchführen sollte. Diese Regierung war interventionistisch eingestellt und wollte schärfere Kontrollen über Privatwirtschaft, Fremdunternehmer und Aussenhandel ausüben, die Minen verstaatlichen und eine durchgreifende Bodenreform durchführen. Wegen der Uneinigkeit innerhalb der Regierung und der allgemeinen Unzufriedenheit musste sie jedoch bald abdanken. Die neue Zivilregierung gab diese interventionistische Wirtschaftspolitik auf und führte eine liberale Politik durch. Sie verwirklichte eine milde Bodenreform.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geriet die türkische Wirtschaft infolge der weltwirtschaftlichen Ölkrise und der politischen Unruhen in der Türkei in einen Engpass. Wegen der enormen Steigerung der Ölpreise stiegen die Defizite in der türkischen Zahlungsbilanz stark an. Die Türkei musste z.B. im Jahre 1979 fast hundert Prozent ihrer Exporteinnahmen allein für Ölimport ausgeben. Bald waren die Devisenreserven des Landes ausgeschöpft. Die Importe mussten scharf eingeschränkt werden. Es fehlten bald Investitionsgüter, Rohstoffe, Halbfertigwaren und Ersatzteile für die Produktionstätigkeit.

Hinzu kam, dass die politischen Unruhen auch das Arbeitsleben beeinflussten. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bzw. den Gewerkschaften verschärfen sich. Manchen Gewerkschaftlern ging es nicht hauptsächlich darum, die Arbeiterinteressen zu bewahren, sondern sie vertraten in Wahrheit Interessen von ideologischer und politischer Natur. Deshalb eskalierten sich die Unruhen im Arbeits- und Wirtschaftsleben parallel zu den allgemeinen politischen Unruhen und anarchistischen Handlungen. Bei den Tarifverhandlungen kam es zu gesetzwidrigem Verhalten und Arbeitsstellenbesetzungen. Unter Arbeiterschleichen sich die dunklen Kräfte wie unter die Studenten. Im Wirtschaftsleben und bei den Unternehmern herrschte Unsicherheit. Die Produktivität sank.

Es fehlten auch oft viele Konsumgüter oder sie wurden knapp. Beim Kauf von vielen Konsumgütern musste man lange Zeit Schlange stehen. Diese Umstände trieben die Preise, die infolge des masslos vermehrten Geldangebots ohnehin stark zu steigen tendierten, in einem noch nicht dagewesenen raschen Tempo in die Höhe. Die Inflationsraten stiegen bis zu über 100 %. Es entstanden für viele Waren Schwarzmärkte. Der Schmuggel nahm zu.

Es herrschte im Lande ein politisches und wirtschaftliches Chaos. Die meist schwachen Regierungen (oft Koalitionen) waren nicht in der Lage, das Land aus dem Chaos herauszuführen. Das Parlament war unfähig, die notwendig gewordenen Gesetze zu verabschieden.

Die Periode nach 1980

Während die politischen Unruhen und terroristischen Anschläge andauerten, versuchte die Regierung im Januar 1980 durch ein Stabilitätsprogramm die Wirtschaft aus der Krise zu retten.

Folgende Massnahmen wurden vorgesehen:

Der Markt-Preismechanismus sollte funktionsfähiger gemacht, die Preise nicht durch direkte Massnahmen reguliert, sondern mit Ausnahmen

von einigen wichtigen Gütern indirekt beeinflusst werden. Die Preisbindung für die staatlichen Unternehmen sollte aufgegeben werden. Vom Staatssektor sollten keine inflationistischen Einflüsse auf die Wirtschaft ausgehen.

Die gesenkte Produktion und Kapazitätsauslastung sollten erhöht werden. Dafür sollten der Wirtschaft notwendige Devisen, Energie und andere Bedarfsmittel zur Verfügung gestellt, der Export und andere devisenbringende Tätigkeiten gefördert werden. Ausser der notwendigen Importe sollten die Devisenausgaben beschränkt werden. Vorgesehen waren ferner eine restriktive Geld- und Kredipolitik und dementsprechende Spar-, Zins-, und Devisenpolitiken.

Am 12. September 1980 wurde infolge einer militärischen Intervention die Regierung gestürzt. Das Stabilitätsprogramm wurde auch vom Militärregime übernommen und die vom Militär neu gebildete Zivilregierung hat es weiter durchgeführt.

Das Stabilitätsprogramm konnte somit im grossen und ganzen realisiert werden. Die Zinsen wurden über der Inflationsrate reel festgelegt. Man hat sich vom festen Wechselkurssystem abgewandt und flexible Wechselkurse eingeführt. Es wurden zur kurzfristigen Deckung des Devisenbedarfs neue Auslandskredite aufgenommen und die Rückzahlung vorhandener Schulden verschoben. Um die Steuereinnahmen zu erhöhen und eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zu bewirken, wurden im Steuergesetz Änderungen vorgenommen. Die Defizite im Staatsbudget wurden möglichst vermindert.

Diese Massnahmen hatten bald positive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Andererseits konnte Dank der Massnahmen des Militärregimes die politische Stabilität des Landes wieder hergestellt werden. Die Unruhen und terroristischen Aktionen hörten auf. Dies alles förderte die positive Entwicklung der Wirtschaft.

Dank dieser Massnahmen konnte die Wirtschaft, die in den Jahren 1979 und 1980 ein negatives Wachstum von 0,4 und 1,1 % zeigte, im Jahre 1981 ein relativ hohes Wachstum von 4,1 % verzeichnen. Auch die Preise erhielten eine relative Stabilität. Die Preise, die sich 1980 um 110 Prozent erhöhten, stiegen 1981 nur um 35,9 % und im Jahre 1982 um 27,0 %. Der Export konnte schon im Jahre 1980 um 28,7, 1981 um 61,6 und 1982 um 22,2 % gesteigert werden. Das Defizit in den laufenden Posten der Zahlungsbilanz, das 1980 3,2 Milliarden Dollar betrug, konnte 1982 auf 1,2 Milliarden Dollar gesenkt werden.

Im November 1983 fanden entsprechend dem Verfassungsgesetz von

1982 neue freie Wahlen statt. Die neue Mutterlandspartei (Anavatan Partisi) unter Özal gewann die Wahlen. Sie übernahm die Regierungsgeschäfte.

Somit begann eine neue Phase in der Wirtschaftspolitik der Türkei. Die neue Regierung war marktwirtschaftlich orientiert und machte die marktwirtschaftlichen Regeln zu Grundprinzipien ihrer Wirtschaftspolitik und des türkischen Wirtschaftssystems. Die Wirtschaft sollte von den Schranken befreit, die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates dagegen beschränkt werden.

Die Regierung der Mutterlandspartei gab der türkischen Wirtschaft einen neuen Dynamismus. Man berührte viele Tabus und war bestrebt, die türkische Wirtschaft mit Hilfe der dynamischen Kräfte des Marktmechanismus rasch zu entwickeln. Die Türkei sollte in Kürze das Bild eines entwickelten Landes aufweisen und in Europa ihren Platz einnehmen. Andererseits sollte auch die Stabilität der Wirtschaft gesichert werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele hat man eine Reihe von Massnahmen vorgesehen bzw. durchgeführt. Im Laufe der Zeit wurden diese Massnahmen je nach Notwendigkeit revidiert. Wir können hier leider nicht auf die Einzelheiten dieser Massnahmen eingehen.

Eine der wichtigen Massnahmen bildete die Privatisierung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe. Damit bezweckte man die Konkurrenz und Produktivität zu erhöhen, die Marktwirtschaft funktionsfähiger zu machen, das Vermögen breit zu streuen und den Kapitalmarkt zu fördern. Bis jetzt wurden 14 Betriebe zum Teil oder gänzlich und 11 weitere Betriebe, die sich noch im Bau befanden, privatisiert. Es stehen die Privatisierungen von zwei staatlichen Wirtschaftsunternehmen (Holdingsgesellschaften) und 33 Beteiligungen bevor.

Eine andere wichtige Massnahme bildete die Liberalisierung der Aussenwirtschaft. Im Rahmen dieser Politik wurde im August 1989 durch eine weitere Liberalisierung der Devisengeschäfte das türkische Pfund der Konvertibilität im juristischen Sinne nahe gebracht.

Die türkische Wirtschaft zeigte nach 1983 eine schnelle Entwicklung. Die Investitionen und das Volkseinkommen stiegen im raschen Tempo. Im Jahre 1988 verlangsamte sich infolge einer ungünstigen konjunkturellen Entwicklung (eine Quasistagflation) das Wachstum der Wirtschaft. Nach vorläufigen Schätzungen erzielte man 1989 eine Wachstumsrate von rund null Prozent. Der Grund dafür lag neben dem Andauern der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung auch in dem starken Rückgang der land-

wirtschaftlichen Produktion um rund 10 % infolge der schlechten Witterungsverhältnisse.

Besonderen Erfolg verzeichnete die Türkei bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in der Herstellung ihres äusseren wirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Export stieg nach 1980 ständig und in sehr raschem Tempo an. Bei einem gleichzeitig jedoch langsam steigenden Import sanken die Defizite in der Handelsbilanz vom 4,6 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 1,8 Milliarden Dollar im Jahre 1988. Dank der schnellen Erhöhung der Deviseneinnahmen aus Tourismus nach 1983 und Erhöhung der Deviseneinnahmen aus anderer Quellen (Transport, Tätigkeit der türkischen Bauunternehmer im Ausland und andere Dienste) konnten die Defizite in der Zahlungsbilanz rasch vermindert werden. Die Türkei konnte im Jahre 1988 in der Zahlungsbilanz einen Überschuss von 1,5 Milliarden Dollar erzielen.

Eine andere positive Entwicklung zeigte sich in der Struktur des Exportes. Der Anteil der Industriegüter am gesamten Export erhöhte sich ständig und stieg von 36 % im Jahre 1980 auf 77 % im Jahre 1988. Dieser Anteil betrug 1969 nur 18 %. Einige der Güter, die in diesen Ziffern als Industriegut auftreten, könnte man nach internationaler Definition zu landwirtschaftlichen Gütern zählen, weil sie sehr begrenzt oder nur halb verarbeitet wurden. Aber eine Berechnung auch nach dieser Art würde an diesen Ziffern nicht viel ändern.

Die Realisierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei erfolgte zum Teil mit Hilfe von Auslandskrediten. Dementsprechend nahmen die Auslandsschulden der Türkei ständig zu. Dagegen war die Rolle des privaten Kapitalimports bei der Finanzierung der Entwicklung der türkischen Wirtschaft sehr gering. Jedoch macht sich hier neuerdings eine Bewegung bemerkbar. Der private Kapitalimport, der sich zwischen 1983-1988 jährlich zwischen 87-125 Millionen Dollar bewegte, stieg 1988 auf 251 Millionen Dollar.

Neben guten positiven Anzeichen der Entwicklung der türkischen Wirtschaft gibt es auch ihre negativen Seiten und Probleme: Das wichtigste Problem der türkischen Wirtschaft bei ihrer Entwicklung bildet die Inflation. Auch nach 1980 konnten die Preissteigerungen nicht verhindert werden. Zwar konnte das Steigerungstempo der Preise wie oben erwähnt, nach 1980 gesenkt werden, so fiel z.B. die Preissteigerungsrate von 110 % im Jahre 1980 auf 27 % im Jahre 1982 und 30 % im Jahre 1983. Die Preissteigerung von 1984 betrug aber 50,3 %, um dann wieder 1986 auf 29,6 und 1987 auf 32,0 % zu sinken. Im Jahre 1988 erlebte die Türkei wieder eine hohe Inflation von 68,0 %, die höchste Inflationsrate nach 1980.

Infolge der allgemeinen Preissteigerungen und Defizite in der Zahlungsbilanz stiegen auch die Wechselkurse der fremden Währungen rapide an.

Für die Inflation nach 1980 wurden verschiedene Gründe angegeben. So wurden die hohen Wachstumsraten, die Investitionen für Infrastruktur, die Rückzahlung bestimmter ausländischen Schulden und der Deviseneinlagen sowie ihrer Zinsen dafür verantwortlich gemacht. Die Hauptursache der Inflation bildete jedoch die Erhöhung des Geldangebots infolge der Budgetdefizite und Vermehrung der Kredite. Die Türkei deckte einen Teil ihrer nationalen Ausgaben auf dieser Weise durch zusätzlich geschöpftes Geld.

Bei den raschen Preissteigerungen spielten neben der wachsenden Nachfrage infolge der Steigerung des Geldangebots auch andere Faktoren eine Rolle.

Es fanden in grossem Umfang Investitionen für Infrastruktur statt, die kurzfristig keinen oder nur einen geringen Kapazitätseffekt hatten. Diese würden die Produktion bzw. das Sozialprodukt nur langfristig und oft unmittelbar erhöhen. Der Einkommenseffekt dieser Investitionen war dagegen auf kurze Sicht sehr hoch. Ähnlich wirkten auch die Investitionen für Wohnungsbau, die stark gefördert wurden, um die Wohnungsnot zu beheben.

Mit Hilfe der inneren Verschuldung und der Bildung verschiedener Fonds ausserhalb des Staatsbudgets sowie durch die Erhöhung der Einnahmen von Gemeinden und örtlichen Behörden wurden die öffentlichen Finanzen vergrössert. Diese Entwicklung wirkte auf dem Wege des Multiplikatoreffekts eines ausgeglichenen Budgets (Haavelmo-Theorem) auf vorhandene Nachfrageerhöhung beschleunigend.

Das Ansteigen der Wechselkurse fremder Währungen, die Erhöhung der Preise mancher wichtigen Güter (Rohstoffe, Halbfertigwaren, Energie usw.), die alle an und für sich auf die Nachfrage bzw. auf die Inflation dämpfend wirken sollten, führten andererseits zu einer Kosteninflation.

Diese Faktoren beschleunigten die Preiserhöhungen.

Eine der ungelösten Fragen der türkischen Wirtschaft bildet das Problem der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit. Obwohl die Türkei bei den Investitionen und bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sicherlich Erfolg hatte, konnte sie die Vollbeschäftigung ihrer Arbeitskräfte nicht realisieren. In diesem Punkt weichen die Angaben verschiedener Quellen allerdings von einander ab. Es gibt sogar Quellen, denen

zufolge es in der Türkei keine Arbeitslosigkeit gibt. Aber im allgemeinen wird angenommen, dass in der Türkei eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Nach Rechnungen des Staatlichen Planungsamtes schwankte die Arbeitslosigkeitsrate nach 1980 zwischen 9,5 - 12,1 % (1980 11,6 %; 1983 12,1 %; 1985 11,7 %; 1986 10,5 %; 1987 9,5 %; 1988 9,8 %).

Der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in der Türkei liegt in der raschen Vermehrung der Bevölkerung, die eine jährliche Wachstumsrate von 2 - 2,5 % aufweist.

Weitere Probleme der Türkei liegen in der Ausbildung und im Gesundheitswesen. Auf diesen Gebieten wurden zwar Fortschritte erzielt. Aber diese Fragen sind heute noch einer Lösung weit. Im Jahre 1987 entfiel auf 1361 Personen ein Arzt. Im Jahre 1985 waren noch 22,5 % der Bevölkerung Analphabeten.

Ein weiteres Zeichen für die Entwicklung der Türkei bildet das rasche Wachsen des Anteils von Stadtbewohnern an der Gesamtbevölkerungszahl. Der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung, der 1927 24,2 % betrug, stieg im Jahre 1985 auf 53 %. Die Kehrseite dieser an und für sich positiven Änderung bildet die ungesunde Entwicklung der türkischen Städte. Ein grosser Teil der Städte in der Türkei wurde erst in den letzten 30 Jahren gebaut. Diese Teile bestehen jedoch zum grössten Teil aus planlos aus dem Boden geschossenen hässlichen Viertel oder gar aus Slums. Eine entgegengesetzte Entwicklung ist durch die Förderung der Baugenossenschaften, den Bau von Satellitenstädtchen um die grossen Städte seitens mancher staatlichen Organisationen und diverse Umweltgestaltungsbestrebungen der Gemeinden in den Städten seit den achtziger Jahren entstanden. Die Stadtteile, die auf diese Weise entstehen, sind ordentlicher. Allerdings sind sie, abgesehen von manchen schönen Ausnahmen, sehr dicht bebaut mit engen Strassen.

Die Türkei sieht sich infolge der ungesunden Verstädterung und Industrialisierung ständig wachsenden Umweltproblemen wie z.B. der Wasser- und Luftverschmutzung sowie Müll- und Abwässerfragen gegenüber. Die Umweltprobleme stehen heute auf der Tagesordnung der Türkei.

Aus obigen Erklärungen ist zusammenfassend zu schliessen, dass die türkische Wirtschaft, wenn auch mit manchen Schwankungen, einen hohen Zuwachs verzeichnete. Die Struktur der türkischen Wirtschaft hat sich besonders nach 1980 bemerkbar verändert. Die industrielle Tätigkeit nahm zu. Der Anteil der industriellen Produktion am gesamten Brutto-sozialprodukt stieg. Er beträgt heute, wie oben erwähnt, rund 29 %

(zwischen 1923 und 1932 betrug dieser durchschnittlich 9,8 %). Zwischen 1973 und 1989 stieg z. B. die Stahlproduktion auf das 6,8 Fache. Die Zahl der Traktoren erhöhte sich von 1970 bis 1989 auf das 6,2 Fache.

Zwischen 1983 und Ende 1988 wurden 39 Staudämme gebaut. Ende 1983 betrug die Zahl der Staudämme 84. Zur Zeit befinden sich 63 Staudämme in Bau, darunter auch manche Mammutbauten im Rahmen des Südanatolienprojektes.

Der Anteil der Beschäftigten auf landwirtschaftlichen Sektor sank von 72 % im Jahre 1965 auf 50 % im Jahre 1988. Der Anteil der in der Industrie Tätigen stieg dagegen in der selben Zeit von 8 auf 15,2 %.

Der Export und der Anteil von Industriegütern am gesamten Export konnten rasch gesteigert werden. Die Indexzahl des Exports von Industriegütern in US Dollar, die 1976 100 betrug, stieg 1988 auf 1501. Der Anteil des Exports von Industriegütern am gesamten Export stieg von 30 % im Jahre 1976 auf 77 % im Jahre 1988. Die Defizite in der Zahlungsbilanz sanken. Die Türkei erzielte sogar 1988, wie schon erwähnt, in der Zahlungsbilanz einen Überschuss.

Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung änderten sich auch das Konsumniveau und die Konsumgewohnheiten der türkischen Bevölkerung. Die Zahl der dauerhaften Konsumgütern wie z. B. der Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehapparate, Staubsauger sowie die Zahl der PKW erhöhten sich rasch und ständig. Von 1973 bis 1989 stieg der Stromverbrauch auf das 3,7 Fache. Es gibt heute in der Türkei kein Dorf mehr, das nicht an das Strom- und Telefonnetz (meistens automatisch) verbunden ist.

Trotz diesen positiven Entwicklungen bzw. Strukturänderungen in ihrer Wirtschaft bildet die Türkei heute noch kein Industrieland im Sinne von westeuropäischen Industriestaaten. Aber sie befindet sich auf dem Wege, es in nächster Zukunft zu werden. Dabei hat sie auch ihre Probleme.